



Suchergebnisse: La Hague

Dezember 1988 – Wirtschaftliche Zweifel am WAA-Projekt wachsen

Bundesrepublik Deutschland * Innerhalb der Energiewirtschaft nehmen die Zweifel an Kosten, Zeitplan und Wirtschaftlichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage zu. Verzögerte Genehmigungsverfahren, gerichtliche Entscheidungen, technische Änderungen und steigende Baukosten belasten das Projekt. Die ursprünglich vorgesehene Inbetriebnahme rückt in immer weitere Ferne und erscheint frühestens in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre realistisch. Gleichzeitig gewinnt die kostengünstigere Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in bereits bestehenden Anlagen im französischen La Hague und im britischen Sellafield an Attraktivität. Damit gerät zunehmend auch die wirtschaftliche Grundlage einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage infrage.

11. April 1989 – VEBA setzt auf die französische Alternative

Düsseldorf - La Hague * VEBA, einer der wichtigsten Anteilseigner der DWK, bestätigt öffentlich Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem französischen Nuklearkonzern Cogema. Vorgesehen ist eine Beteiligung an der Wiederaufarbeitungsanlage UP3 in La Hague. Cogema bietet an, deutsche Brennelemente dort ab 1999 aufzuarbeiten. Das französische Angebot erscheint den Energieversorgungsunternehmen deutlich günstiger und schneller verfügbar als die Fertigstellung der WAA Wackersdorf. Mit der französischen Alternative verliert das bayerische Bauprojekt seine wirtschaftliche Grundlage. Die Ankündigung gilt deshalb als entscheidender Schritt auf dem Weg zum endgültigen Baustopp.

16. April 1989 – Hoffnung auf das Ende der WAA

Wackersdorf * Rund 6.000 WAA-Gegner versammeln sich am Baugelände und feiern das sich abzeichnende Scheitern des Projekts. Anlass sind die bekannt gewordenen Pläne der Energiewirtschaft, abgebrannte deutsche Brennelemente künftig im französischen La Hague aufarbeiten zu lassen. Die Stimmung ist von Freude, aber auch von Vorsicht geprägt: Ein offizieller Baustopp ist noch nicht beschlossen, und die Arbeiten auf dem Gelände gehen zunächst weiter. Die Kundgebung zeigt dennoch, dass selbst viele langjährige Beteiligte das Ende der WAA nun für wahrscheinlich halten.



Mai 1989 – Energiewirtschaft gibt Wackersdorf auf

Bundesrepublik Deutschland * Die an der DWK beteiligten Energieversorgungsunternehmen entscheiden sich, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf nicht weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend ist ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Faktoren: Die geschätzten Baukosten steigen auf rund zehn Milliarden DM, die Genehmigungs- und Gerichtsverfahren verzögern das Projekt, und eine Inbetriebnahme erscheint frühestens 1998 möglich. Hinzu kommen der anhaltende Widerstand in der Bevölkerung und die politische Unsicherheit. Das Angebot der französischen Cogema, deutsche Brennelemente ab 1999 in La Hague aufzuarbeiten, ist schneller verfügbar und deutlich günstiger. Damit entfällt aus Sicht der Energieversorgungsunternehmen die wirtschaftliche Notwendigkeit einer eigenen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage. Die Entscheidung bereitet den offiziellen Baustopp am 31. Mai 1989 vor.

3. Juni 1989 – Letzte große Anti-WAA-Kundgebung in München

München-Graggenau * Auf dem Odeonsplatz findet wenige Tage nach dem Baustopp die letzte große Münchner Anti-WAA-Kundgebung statt. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und langjährige Aktivisten feiern das Ende des Projekts in Wackersdorf. Zugleich warnen die Teilnehmer davor, das Problem lediglich ins Ausland zu verlagern. Der Protest richtet sich deshalb auch gegen die geplante Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Die Kundgebung verbindet Siegesfeier und Forderung nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.
